Aktuelles zum kommunalen Umsatzsteuerrecht –

insbesondere Kostenträgergemeinschaften nach § 4 Nr. 29 UStG und Neues zum § 2b UStG

Dipl.-Kfm. Sven Spreckelmeier, WP/StB
zsm. mit Silvan Bartel, B.Sc.

Themen (1)

1. **Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen zur USt-Gestaltung**

2. **Schulschwimmen und Bäder GmbH (VSt)**

3. **Reform der USt-Organschaft?**

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen

Viele Gestaltungsmöglichkeiten!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Basiert auf Art. 132 Abs. 1 Buchst. f) MwStSystRL

Richtlinien müssen von Staaten in nationales Recht umgesetzt werden!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

§

„sonstige Leistungen von selbstständigen, im Inland ansässigen Zusammenschlüssen von Personen, deren Mitglieder eine dem Gemeinwohl dienende nichtunternehmerische Tätigkeit oder eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit ausüben, die nach den Nummern 11b, 14 bis 18, 20 bis 25 oder 7 von der Steuer befreit ist, gegenüber ihren im Inland ansässigen Mitgliedern, soweit…

§ 4 Nr. 29 UStG

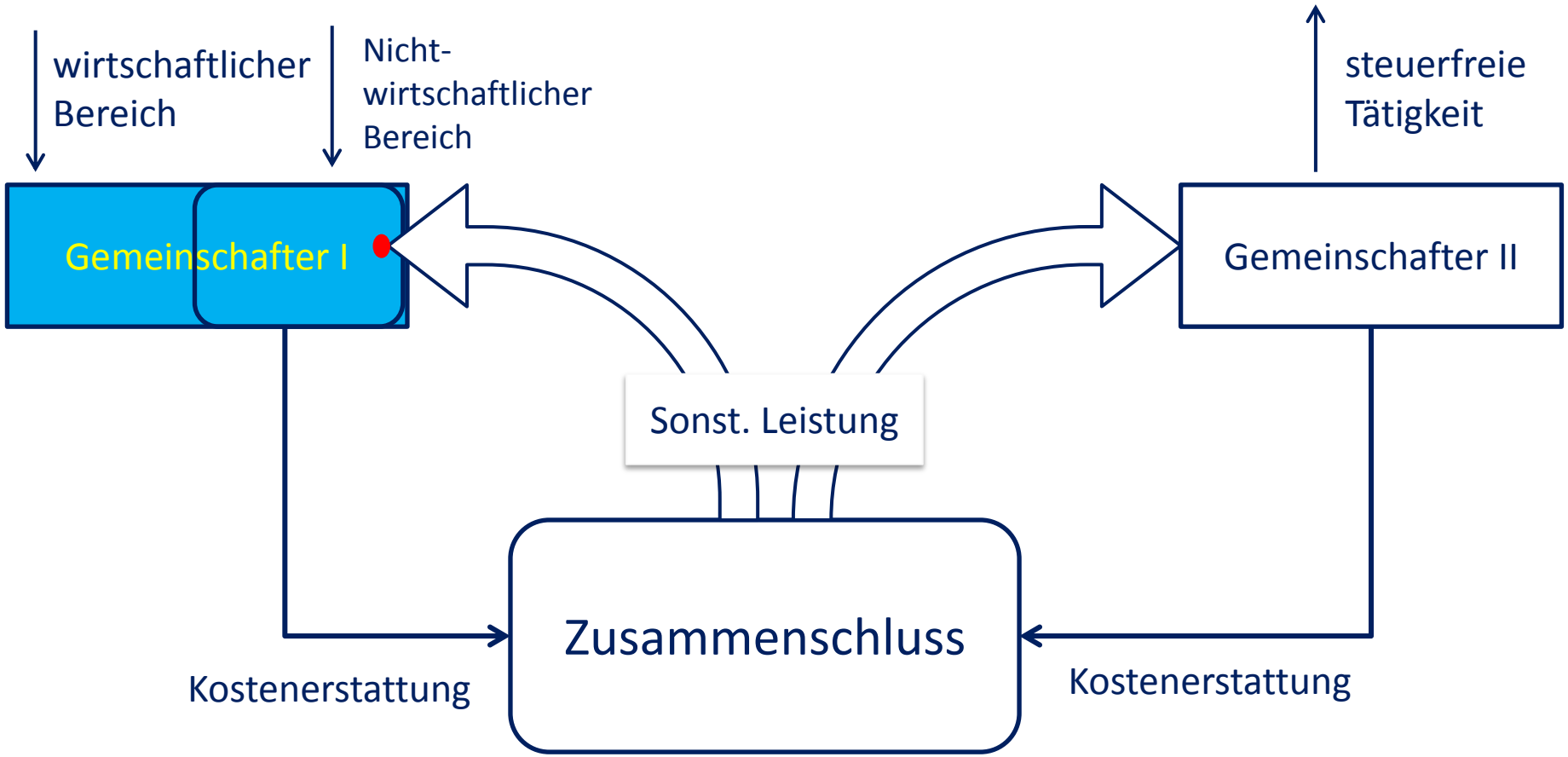
Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

§

…, soweit diese Leistungen für unmittelbare Zwecke der Ausübung dieser Tätigkeiten verwendet werden und der Zusammenschluss von seinen Mitgliedern lediglich die genaue Erstattung des jeweiligen Anteils an den gemeinsamen Kosten fordert, vorausgesetzt, dass diese Befreiung nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führt.“

§ 4 Nr. 29 UStG

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)



Zusammenschluss → kein Vorsteuerabzug!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Selbstständiger Zusammenschluss von Personen

- Keine Beschränkung bei Gesellschaftsform
- Kein Teil einer Organschaft

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Im Inland ansässiger Zusammenschluss

- Sitz des Zusammenschlusses im Inland

Gegenüber im Inland ansässigen Mitgliedern

- Sitz der Mitglieder ebenfalls im Inland

Konträr zur MwStSystRL - dort kein Inlandsbezug!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Ausübung einer dem **Gemeinwohl** dienenden **nichtunternehmerischen** Tätigkeit

nichtunternehmerisch	
nichtwirtschaftlich	unternehmensfremd

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Ausübung einer dem **Gemeinwohl** dienenden **nichtunternehmerischen** Tätigkeit

nichtwirtschaftlich
(alle Tätigkeiten, die nicht unternehmens-fremd sind)

Zum Beispiel…

Unentgeltliche Tätigkeiten eines Vereins, die aus ideelen Vereinszwecken verfolgt werden

Hoheitliche Tätigkeiten jPdöR

Bloßes Erwerben, Halten und Veräußern von gesellschaftsrechtlichen Beteiligung

Leerstand eines Gebäudes mit dauerhafter Nichtnutzung

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Ausübung einer dem **Gemeinwohl** dienenden **nichtunternehmerischen** Tätigkeit

unternehmensfremd

- Entnahmen für privaten Bedarf des Unternehmers als natürliche Person
- Entnahmen für den privaten Bedarf des Personals
- Entnahmen für private Zwecke des Gesellschafters

ODER

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

einer dem **Gemeinwohl** dienenden Tätigkeit, die nach § 4 Nr. 11b, 14 bis 18, 20 bis 25 oder 7 von der Steuer **befreit** ist

- Post,
- Heilbehandlungen,
- Sozialversicherungsträger,
- Betreuung und Pflege hilfsbedürftiger,
- Wohlfahrtspflege,
- **Einrichtungen von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden**,
- unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienende Leistungen privater Schulen/selbstständiger Lehrer,
- Vorträge, Kurse und andere Veranstaltungen wissenschaftlicher oder belehrender Art von jPdöR und weiteren Einrichtungen (Einnahmen zur Kostendeckung) sowie andere kulturelle und sportl. Veranstaltungen, soweit Entgelt in Teilnehmergebühren besteht
- Weitere…

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Leistung gegenüber Mitgliedern

- Müssen nicht gegenüber allen Mitgliedern gewährt werden
- Zusammenschluss darf keine Leistungen:
  - Zum Teil oder ausschließlich an Dritte erbringen
  - Für steuerpflichtige Leistungen der Mitglieder erbringen

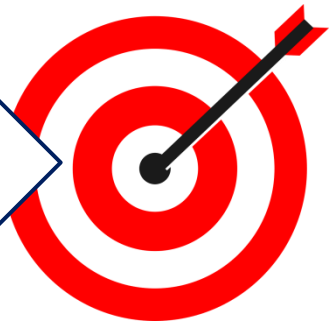
Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Leistung gegenüber Mitgliedern

EuGH v. 20.11.2019 C-400/18
Dienstleistungen an Nichtmitglieder unschädlich

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Für **unmittelbare** Zwecke der Ausübung dieser Tätigkeiten (dem Gemeinwohl dienende)



- Zentral beschaffte Geräte werden Mitgliedern zur Verfügung gestellt ✓
- Medizinisch-technische Leistungen für Mitglieder ✓
- Leistungen dienen mittelbar nicht steuerbaren oder steuerfreien Umsätzen (Beispiel: **allgemeine Verwaltungsleistungen**) ✗

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Befreiung führt nicht zu
Wettbewerbsverzerrung (BMF-Schreiben v. 16.12.2016 Rz. 22 ff.)

Kriterium: Art der erbrachten Leistung + objektive (Markt-)Umstände

Mögliche **Gründe** für **Verstoß**:

- Gleiche Dienstleistungen entgeltlich an Nicht-Mitglieder
- Optimierung USt-Vorbelastungen im Vordergrund
- Verlagerung von nicht auf die Bedürfnisse der Mitglieder zugeschnittenen Dienstleistungen auf Zusammenschluss

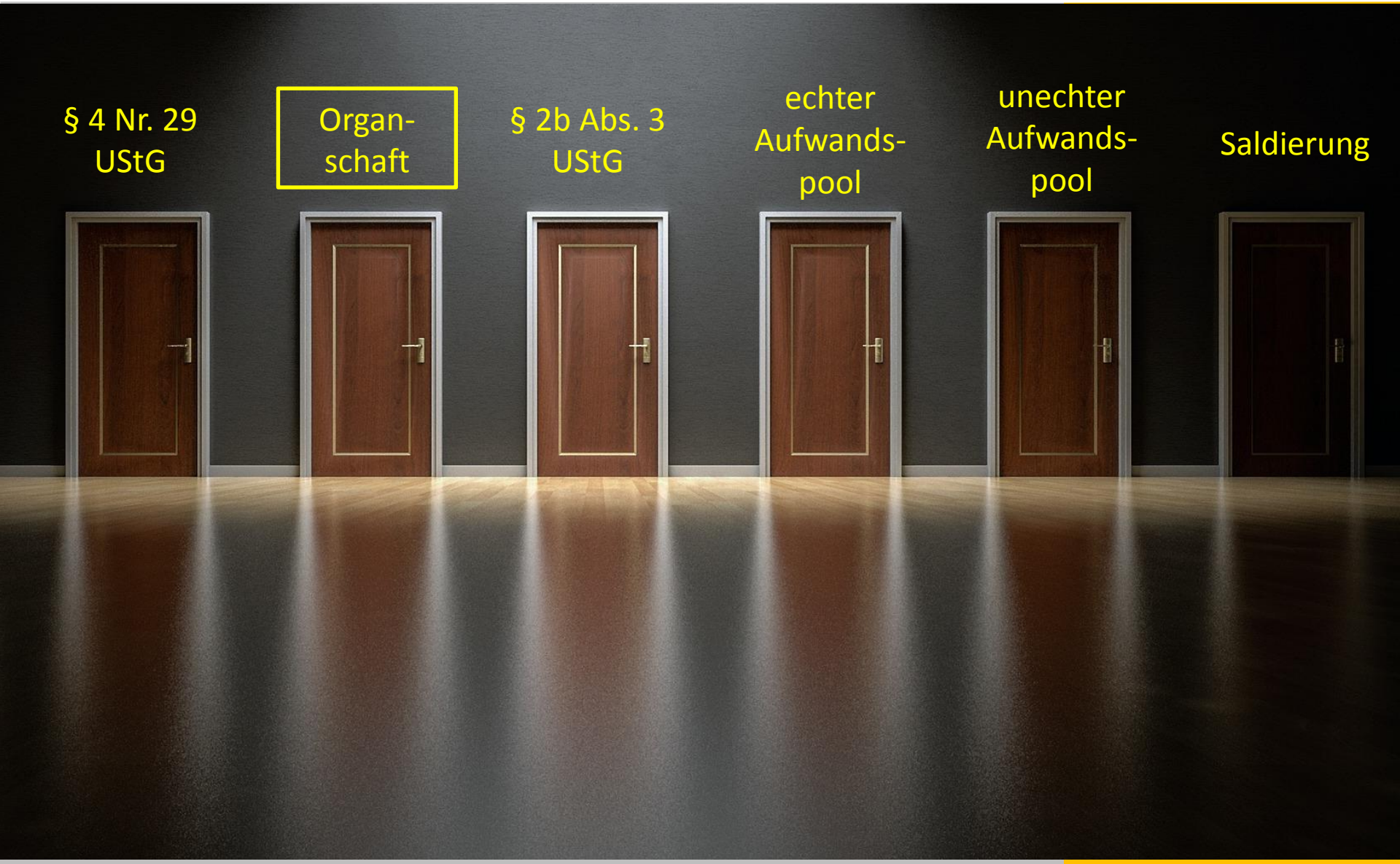
Gesetzliche Regelung zum Wettbewerbsausschluss → Keine Verzerrung!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG)

Genaue Erstattung des jeweiligen Anteils an den gemeinsamen Kosten

- Zusammenschluss erhält Selbstkosten anteilig von den Mitgliedern erstattet ✓
- Maßstab des Anteils: Umfang oder Häufigkeit Inanspruchnahme der Leistung ✓
- Pauschaler Kostenaufschlag ✗
- Überschüsse (Grundsatz) ✗
- Aber: Überschüsse, die ausschließlich der Finanzierung künftiger Investitionen dienen! ✓

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen



Organschaft

Voraussetzungen § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG

Juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse
- finanziell,
- wirtschaftlich und
- organisatorisch

in das **Unternehmen eines anderen Unternehmers** (des Organträgers) eingegliedert

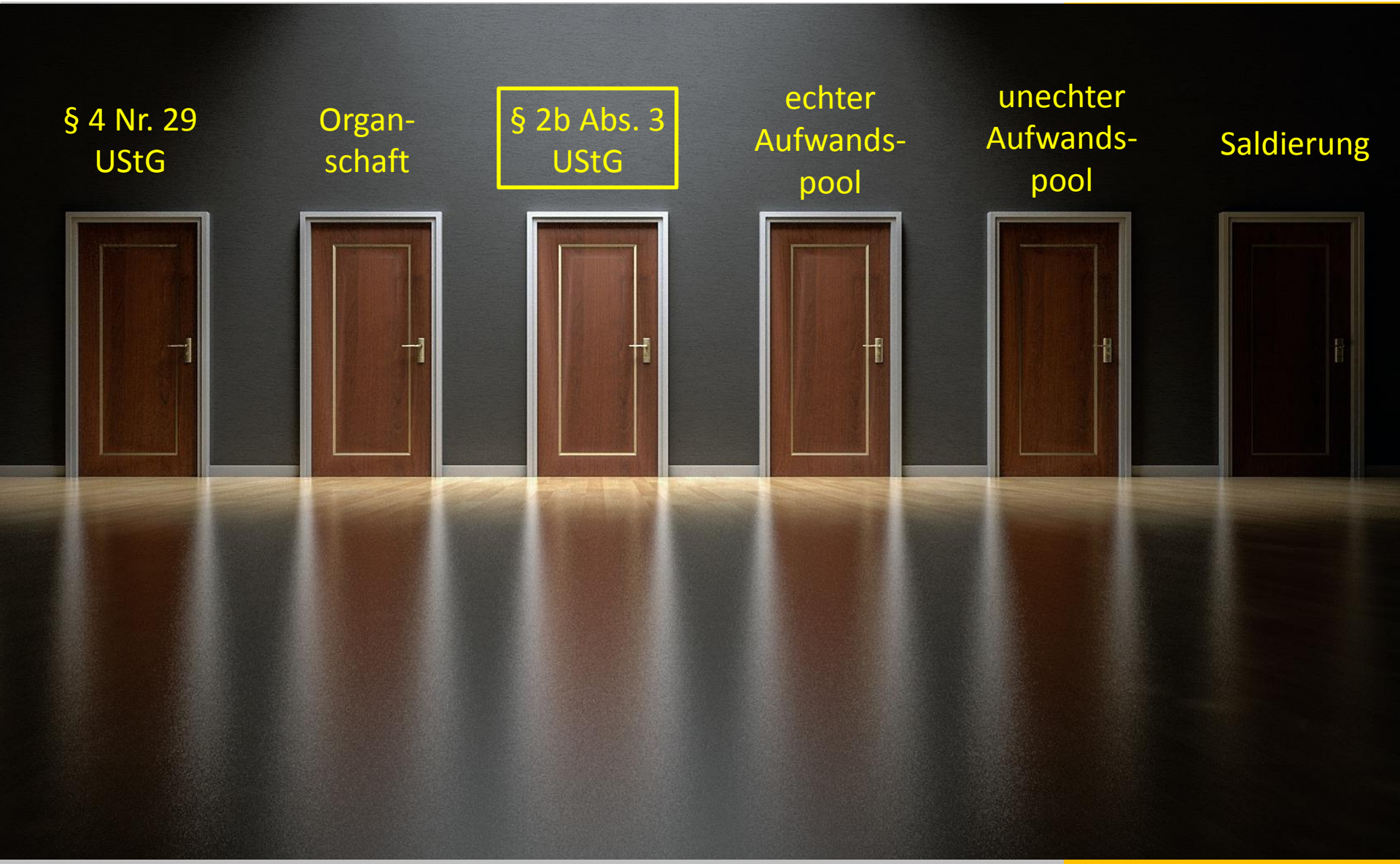
Kein Wahlrecht → Rechtsfolgen treten bei Erfüllung der Voraussetzungen ein!

Organschaft

Abschnitt 2.8 UStAE

- **jPdöR** kann **Organträger** (OT) sein, wenn und soweit sie **unternehmerisch** tätig ist
- Personen, die keine Unternehmer im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG sind, können weder Organträger noch Organgesellschaft (OG) sein

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen



§ 2b Abs. 3 UStG

Voraussetzungen: Kommunale Kooperation (**Beistandsleistungen**)

§ 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG

- Leistungen können aufgrund **gesetzlicher Bestimmung nur** von **jPdöR** erbracht werden

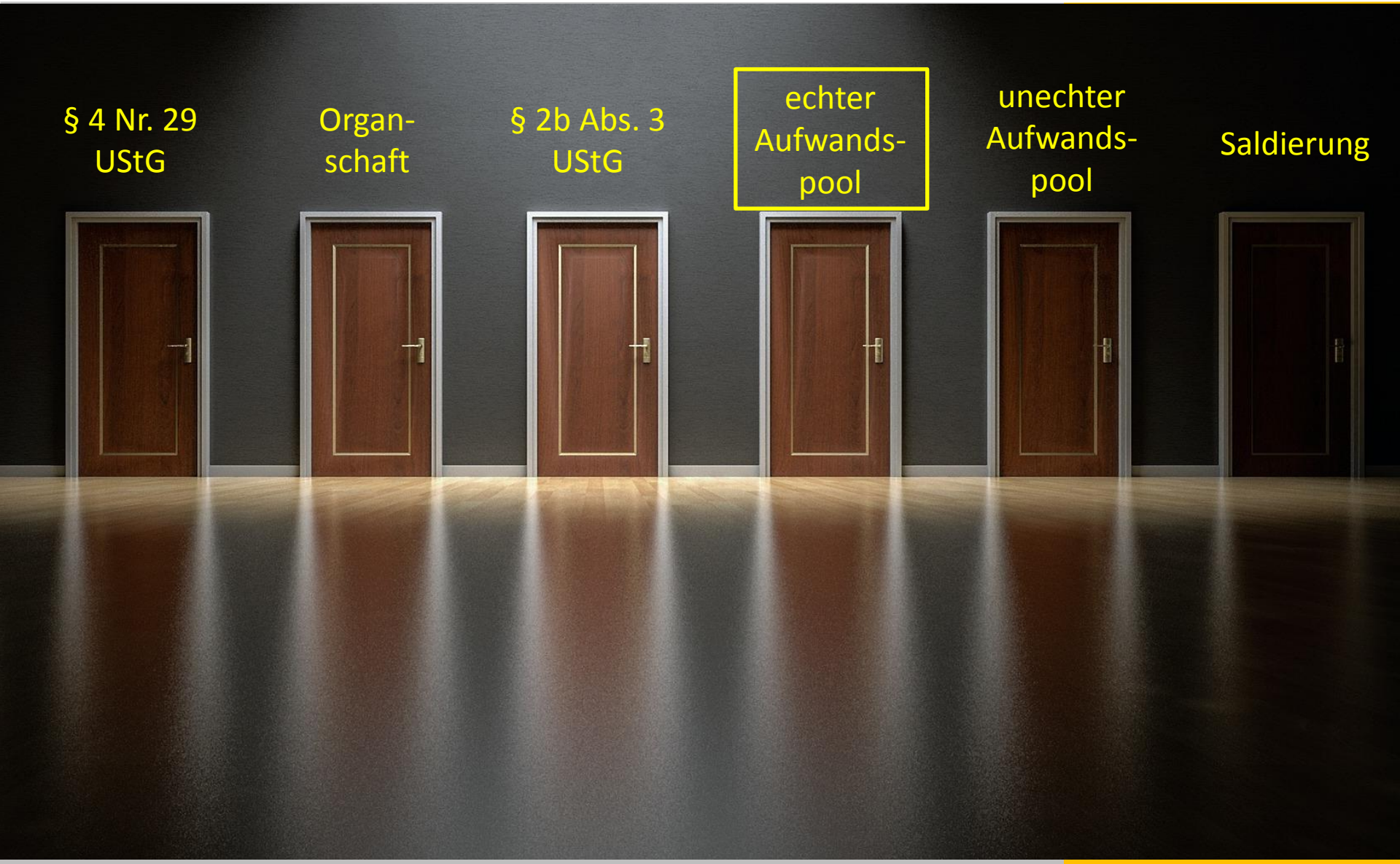
ODER

§ 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

- Zusammenarbeit durch **gemeinsame spezifische öffentliche Interessen** bestimmt

ABER: Hierzu neues BMF-Schreiben – dazu später mehr!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen



Aufwandspool

Forschungsverein (A) ⟷ Hochschule (B)

Konsortialvertrag

- Gemeinsame Forschung
- Geräte in bestimmtem Umfang zur Verfügung stellen

Gerät A

Gerät B

A

Innen-gesellschaft

B

Innengesellschaft vs. Außengesellschaft

Innengesellschaft

- Keine Vertretungsregelungen
- Tritt nicht nach außen auf
- Einzelne Mitglieder der Innengesellschaft nehmen am Wirtschaftsverkehr teil (schließen Verträge ab)

<u>Umsatzsteuerrecht</u>

- Kein Unternehmer
  - Kein Auftritt nach außen (BFH V 197/57)
  - Kein Gesamthandsvermögen (BFH V R 110/81, 111/81)
  - Fin. Verw. verneint ebenfalls (Abschn. 2.1 Abs. 5 UStAE)
- Leistungen nur zwischen Gesellschaftern und zwischen Gesellschaftern und Dritten (BFH v. 11.11.1965 V 146/63)

Außengesellschaft

- Tritt nach außen auf
- Schließt Verträge ab
- Vertretungsregelungen

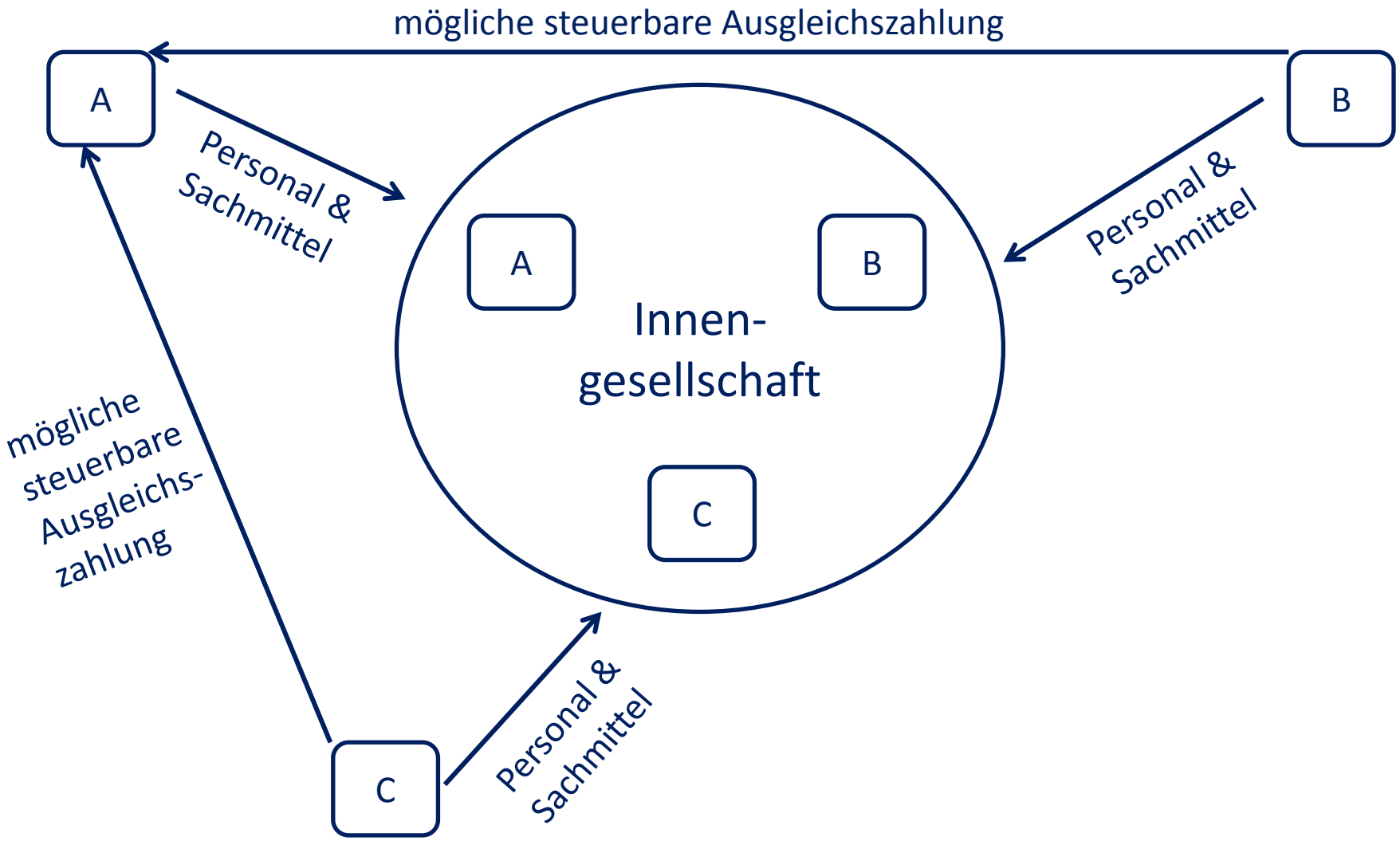
Aufwandspool

EuGH Rs. EDM (EuGH, Urt. V. 29.4.2004 C-77/04, UR 2004, 292)

- Arbeiten begründet in Konsortialvertrag zwischen Mitgliedern eines Konsortiums mit vereinbarten Arbeitsanteilen
  → **Kein steuerbarer Umsatz**

- Arbeiten gehen über vertraglich festgelegten Arbeitsanteil hinaus + wird mit Gegenleistung vergütet
  → **Lieferung/Dienstleistung gegen Entgelt**

Aufwandspool (Konzept nach EuGH Rs. EDM)



Aufwandspool

Voraussetzungen für **Nichtsteuerbarkeit**

- Gemeinsamer Zweck (Wäger UR 2008, 69 ff.)
- Kein Entgelt, solange gemeinsames Interesse (EuGH Rs. EDM)
  → Rechtfertigung für Nichtbesteuerung mangels Entgelt

Abschn. 1.6 Abs. 8 Satz 7 UStAE

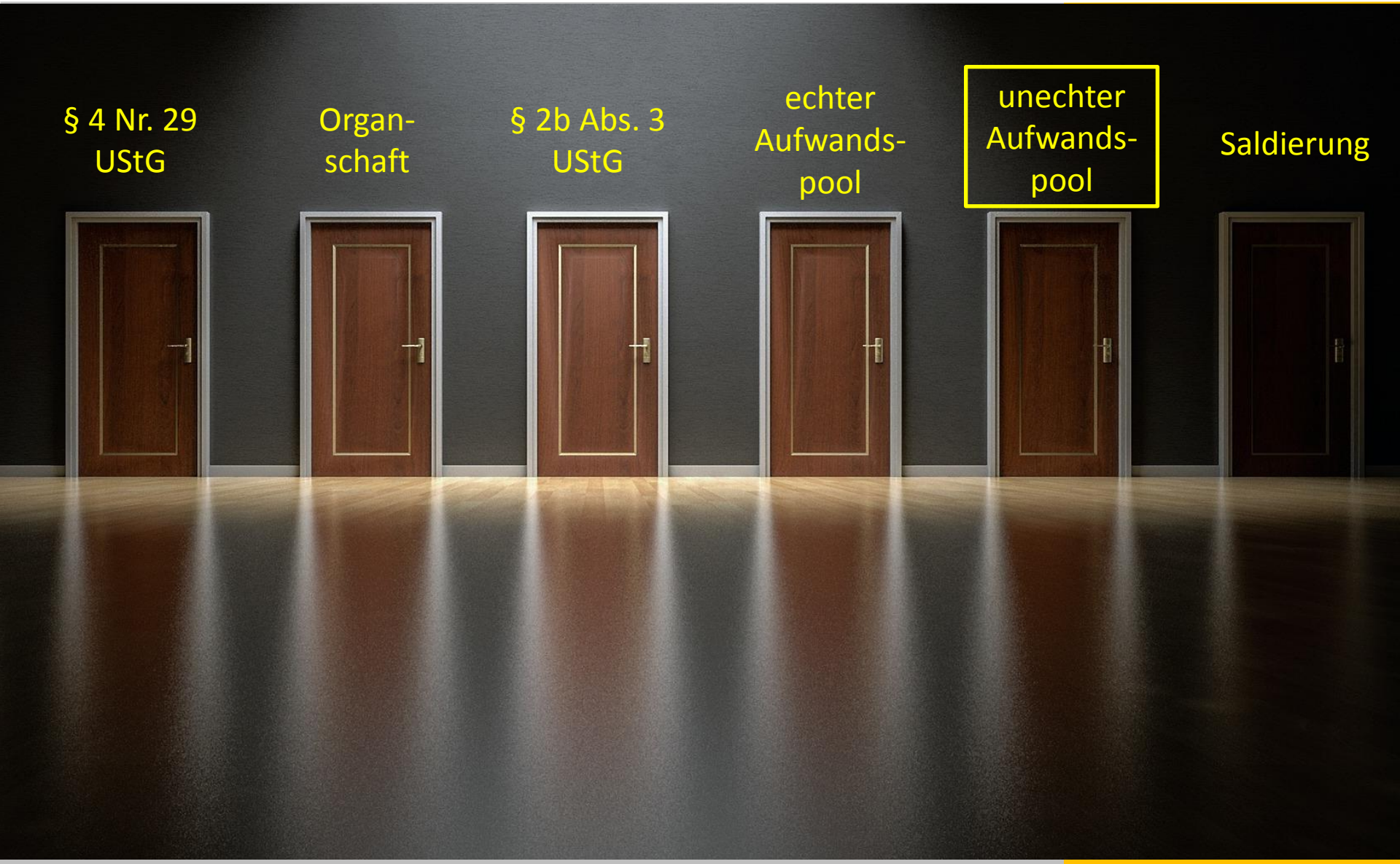
- **Spitzenausgleich** unterliegt der **USt**
- **Arbeitsanteile** in Höhe Beitragspflicht unterliegen **nicht USt**

Aufwandspool

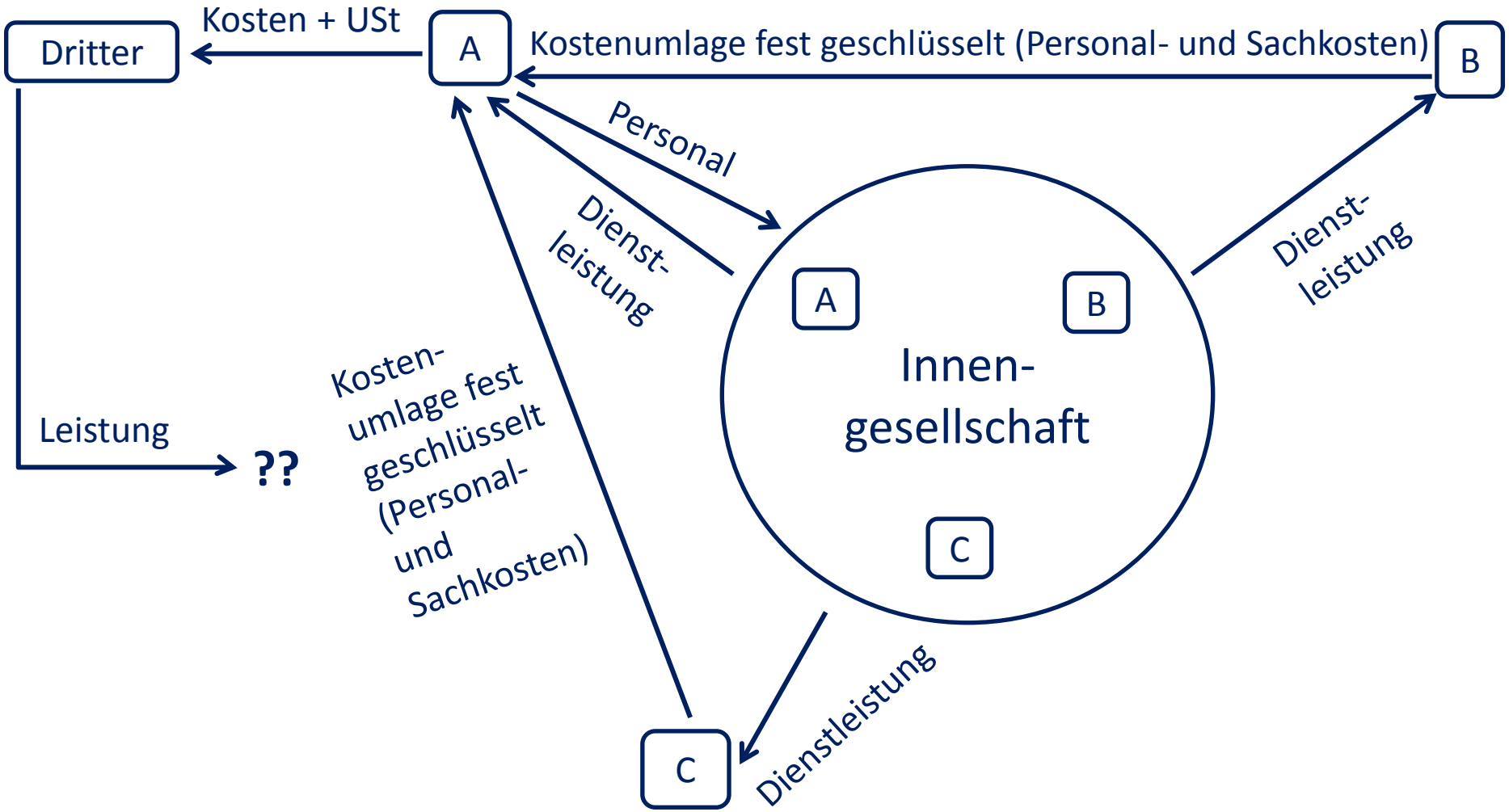
Bedeutung für **Aufwandspoolkonzept** nach EuGH Rs. EDM

- Eingebrachte Mittel (Wert) in Form von Personal- und Sachmitteln nach vertraglichen Verrechnungssätzen nicht steuerbar
- Ausgleich von Mehr- oder Mindereinbringungen steuerbar
- **ABER**: **ggf.** Einstufung von **Rs. EDM** als **Sonderfall**
  → Keine abschließende Rechtssicherheit

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen



(unechter) Aufwandspool

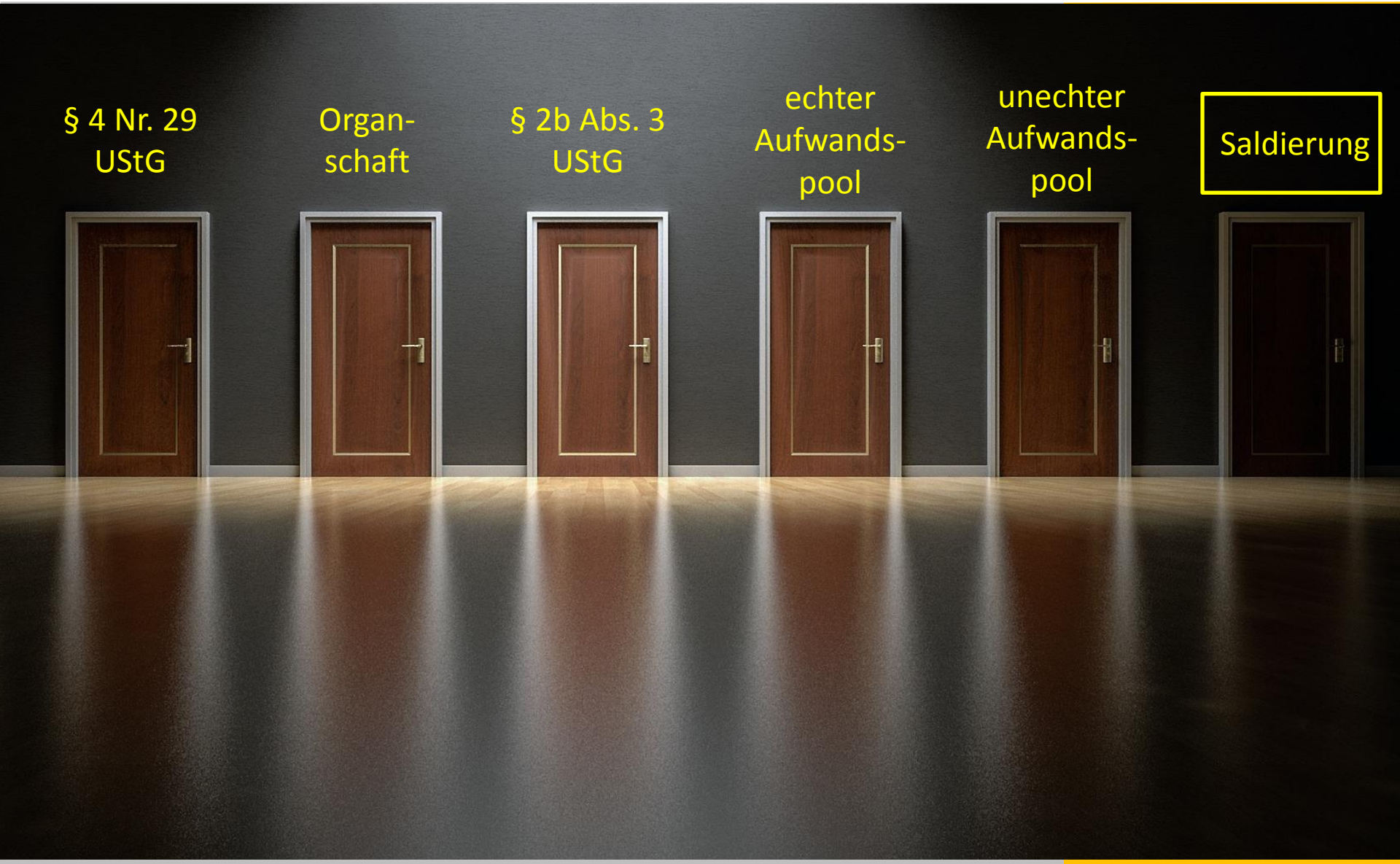


(unechter) Aufwandspool

Bisher: Beistandsleistung
→ Kostenerstattung ohne Ausweis Ust

Zukünftig?
- Kostengemeinschaft?
- § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG?
- Aufwandspool? Mangelnde Rechtssicherheit beachten!

Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen



Saldierung

Idee: Leistungsaustausch (Voraussetzung für Umsatzsteuerbarkeit) mittels Saldierung von Zuschuss und Entgelt **verhindern** (BFH v. 15.12.2016, V R 44/15 – Sportzentrum)

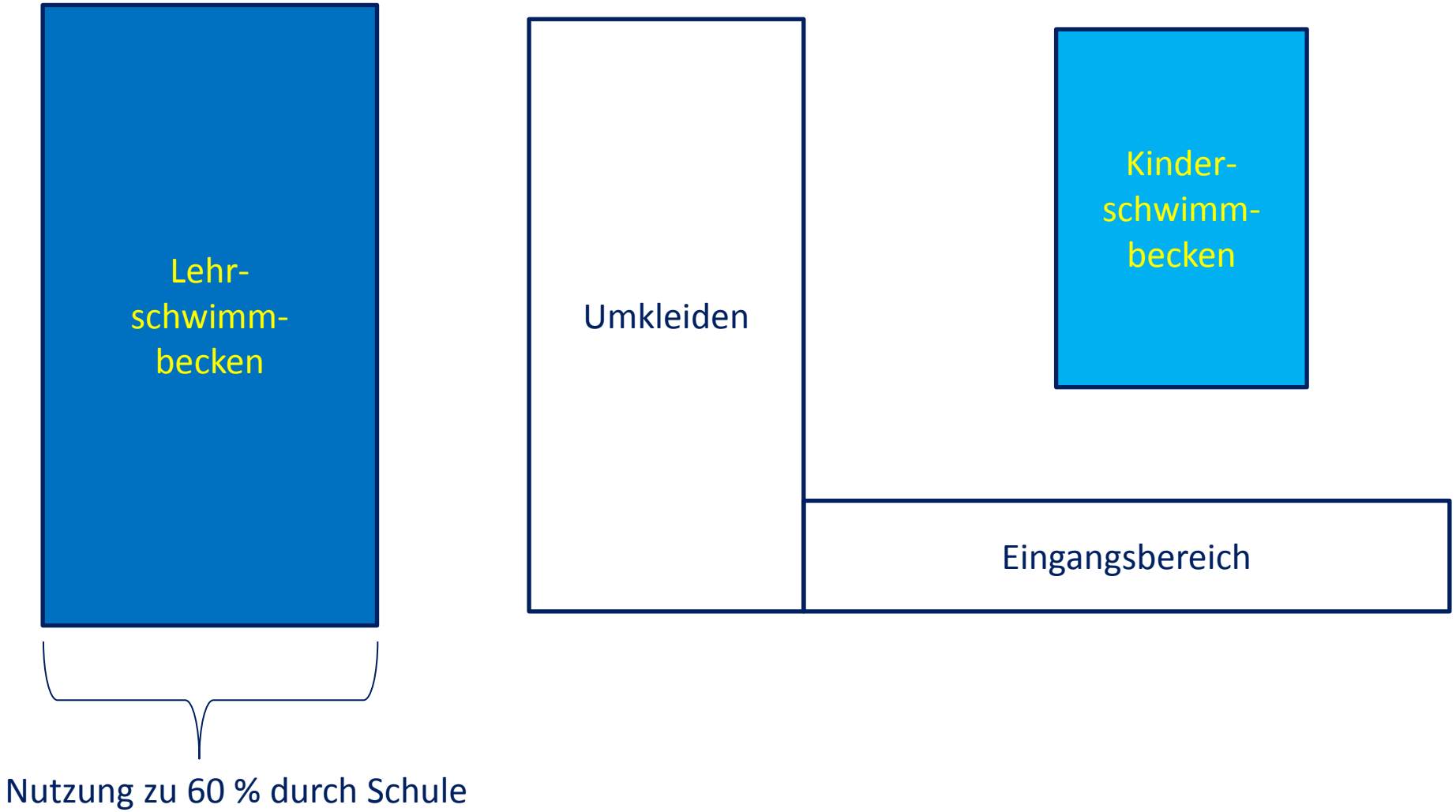
Aber unschön, weil

- **Hohes Risiko**
- Richtige **Beurteilung schwierig**

Themen (1)

1. Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen zur USt-Gestaltung
2. **Schulschwimmen und Bäder GmbH (VSt)**
3. Reform der USt-Organschaft?
4. Neues zum § 2b UStG

Schulschwimmen und Bäder (VSt)



Schulschwimmen und Bäder (VSt)

- Bei **BgA**: seit 01.01.2012 ist **zwingend** eine **Aufteilung** bei der **Bilanzierung (Aufteilung BgA – hoheitlicher Bereich)** vorzunehmen
- Bedeutung für den Beispielfall mit 60 % Nutzung durch Schule
  - Aufteilung von Eingangsbereich, Umkleiden, Lehrschwimmbecken, Kinderschwimmbecken
  - Lediglich 40 % Vorsteuerabzug
  - Ausnahme: Kinderschwimmbecken → 100 % Vorsteuer

- **Alternativ**: Gesellschaftsform **GmbH**
  - **Vollständiger Vorsteuerabzug**!

Themen (1)

1. Kostenträgergemeinschaften (§ 4 Nr. 29 UStG) und mögliche Alternativen zur USt-Gestaltung

2. Schulschwimmen und Bäder GmbH (VSt)

3. **Reform der USt-Organschaft?**

4. Neues zum § 2b UStG

Reform der USt-Organschaft?

BMF veröffentlicht Eckpunktepapier (14.03.2019)
Anlehnung an Art. 11 MwStSystRL

Wichtige Punkte (1)

- Sachliche **Voraussetzungen** werden **aufgeweicht**
- **Wahlrecht** durch Antrag
- Praxisorientierte und **flexible** Gestaltung der **Laufzeit**

Reform der USt-Organschaft?

Wichtige Punkte (2)

- **Gesamtschuldnerische Haftung** aller Gruppenmitglieder für USt der Gruppe gegenüber Fiskus
  Umfang: USt-Ansprüche bis zum wirksamen Austritt; Abweichende Regelungen im Innenverhältnis haben keine Auswirkung auf Außenverhältnis zum Fiskus
- Gruppe erhält **eine USt-IdNr.**
- **Übergangsregelung** (2/3 Jahre)

§ 2b UStG

Der Nebel lichtet sich ein bisschen...
...wird an anderer Stelle aber wieder dichter

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

BMF-Schreiben v. 29.11.2019

Betroffen: öffentliche Abwasser- und Abfallentsorgungsbetriebe die ihre Entsorgungsleistungen auf privatrechtlicher Grundlage vornehmen

Anschluss- und Benutzungszwang → ö-r Handlungsrahmen	+	Leistung: privatrechtliche Ausgestaltung

BMF: Keine Handeln im Rahmen der öffentlichen Gewalt nach § 2b UStG!

Begründung: jPdöR handelt dem Bürger gegenüber unter gleichen rechtlichen Bedingungen wie ein privater Wirtschaftsteilnehmer

Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

Ausweg: Umstellung auf ö-r Gebühren- und Beitragserhebung

Aber:

- Erheblicher **Umstellungsaufwand**
- Teilweise **privatrechtl**. **Entgelte** in **Landesgesetzen** für Abwasser/Abfall **vorgeschrieben** (z.B. Berlin)

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Interkommunale Kooperationen

§

Sofern eine Leistung an eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts ausgeführt wird, liegen größere Wettbewerbsverzerrungen insbesondere nicht vor, wenn

1. die Leistungen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden dürfen oder

2. die Zusammenarbeit durch gemeinsame spezifische öffentliche Interessen bestimmt wird. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn

a) die Leistungen auf langfristigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen beruhen,

b) die Leistungen dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und der Wahrnehmung einer allen Beteiligten obliegenden öffentlichen Aufgabe dienen,

c) die Leistungen ausschließlich gegen Kostenerstattung erbracht werden und

d) der Leistende gleichartige Leistungen im Wesentlichen an andere juristische Personen des öffentlichen Rechts erbringt.

§ 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

Interkommunale Kooperationen

BMF-Schreiben v. 14.11.2019 bezüglich § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

- Regelbeispiel → **Vermutung**, dass keine größeren Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Dritter vorliegen

- **ABER**: gesonderte Prüfung auf mögliche **schädliche Wettbewerbsverzerrungen** notwendig!

- Maßgeblich für Wettbewerbsverzerrungen: Private Unternehmer potentiell in der Lage vergleichbare Leistungen wie öffentliche Hand zu erbringen? (Rz. 22 ff. des BMF-Schreibens v. 16.12.2016)

INTECON

Prüfung **bisher** (**<u>hinsichtlich § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG</u>**)

1) Handelt jPdöR im Rahmen ö-r Grundlage?
2) Falls ja, liegen zwingend steuerpflichtige Katalogtätigkeiten vor?
3) Falls nein, greift „Befreiung“ des § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG?
4) Falls ja → kein Unternehmer i. S. d. § 2 UStG

INTECON

Prüfung **nach Anwendung** des neuen **BMF-Schreibens**

1) Handelt jPdöR im Rahmen ö-r Grundlage?
2) Falls ja, liegen zwingend steuerpflichtige Katalogtätigkeiten vor?
3) Falls nein, greift „Befreiung“ des § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG?
4) Falls ja, würde eine Nichtbesteuerung der Tätigkeit zu **größeren Wettbewerbsverzerrungen** führen? (§ 2b Abs. 1 S. 1 UStG)
5) Falls ja → Unternehmer i. S. d. § 2 UStG

Interkommunale Kooperationen

- Größere Wettbewerbsverzerrungen mit § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG nicht pauschal ausschließbar!
- Unsicherheit und Komplexität bei Beurteilung nehmen weiter zu
- Wettbewerbsausschluss schwieriger zu vertreten
- Möglicher Ausweg: **Verbindliche Auskunft beim FA (schwer!)**

Interkommunale Kooperationen

INTECON

zusätzlich: Hinweis zu **verwaltungsunterstützenden Hilfstätigkeiten**

IT-Dienst-
leistungen

Grünpflege-
arbeiten

Sanierungsmaßnahmen an
Straßen und Gebäuden

Gebäude-
reinigung

BMF-Schreiben 14.11.2019

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Veräußerung von Strom und Papierabfällen (ab § 2b UStG)

Antwort des **BMF** (15.11.2019) auf mehrfache Anfrage von Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Deutscher Städtetag (DST), Deutscher Landkreistag (DLT), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

- Veräußerung von Strom auf privatrechtlicher Grundlage (**Verkauf von in hoheitlichen KWK-Anlagen erzeugten Stroms**) bietet **keinen Raum** für **Nichtsteuerbarkeit** im Rahmen eines hoheitlichen Hilfsgeschäfts → **immer** nach § 2b Abs. 4 Nr. 5 UStG **unternehmerisch**

Veräußerung von Strom und Papierabfällen (ab § 2b UStG)

Antwort des **BMF** (15.11.2019) auf mehrfache Anfrage von Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Deutscher Städtetag (DST), Deutscher Landkreistag (DLT), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

- Papierabfälle (**Verkauf Altpapier aus privaten Haushaltungen**): Keine Anhaltspunkte für ein vorliegendes hoheitliches Hilfsgeschäft → umsatzsteuerbare und **umsatzsteuerpflichtige Leistung**

Veräußerung von Strom und Papierabfällen (ab § 2b UStG)

INTECON

Bedeutung für die Praxis

VSt-Abzug

- **BHKW**: Möglich, sofern USt für Anschaffungsjahr noch nicht bestandskräftig
- **Altpapier**: Problem der Aufteilung, da Kosten teilw. aufgrund Entsorgungspflicht und teilw. auf steuerbarem Verkaufserlös entfallen
- Vertragspartner zum VSt-Abzug berechtigt

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Verlängerung Optionszeitraum

<u>Entschließung</u> des Bundesrats (20.12.2019 492/19) zur **Verlängerung** des **Optionszeitraums** bis zur Anwendung von § 2b UStG um **2 weitere Jahre**

Verlängerung Optionszeitraum

Gründe:

- Zahlreiche Fragen ungeklärt
- Rechtssicherheit benötigt
- Geordneten Wechsel ermöglichen

§ 2b Optionszeitraum → 01.01.2023

Verlängerung Optionszeitraum

Aber: Was bedeutet „Entschließung“?

Verlängerung Optionszeitraum

<u>Entschließung</u> = Anstöße zu bestimmten Themen oder Gesetzgebungsverfahren an Bundesregierung, **rechtlich nicht verbindlich**!

Aktuell nicht absehbar, wie es weitergeht…

Abhängig von Kommission und Bundestag

Unbedingt auf den 01.01.2021 eingestellt bleiben!

Themen (2)

INTECON

4. Neues zum § 2b UStG

4.1 Privatrechtliche Entgelte bei Anschluss- und Benutzungszwang

4.2 Interkommunale Kooperationen – § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG

4.3 Veräußerung von Strom und Papierabfällen

4.4 Verlängerung des Optionszeitraums?

4.5 Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Anfrage an BMF von Verband kommunaler Unternehmen (**VKU**), Deutscher Städtetag (**DST**), Deutscher Landkreistag (**DLT**), Deutscher Städte- und Gemeindebund (**DStGB**)

Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Ansicht von **VKU, DST, DLT, DStGB**

- **Wettbewerbsrelevanz** (i. S. d. § 2b Abs. 1 S. 2 UStG) **ausgeschlossen**, wenn **Voraussetzungen § 2b Abs. 1 S. 1 UStG erfüllt**

Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Antwort vom **BMF** (15.01.2020)

- „Für eine so **weite Auslegung** des **§ 2b UStG** ist angesichts des Ausnahmecharakters dieser Vorschrift **kein Raum**."
- „Die Übernahme oder die Übertragung einer Aufgabe oder eines Aufgabenbündels von / an eine andere jPdöR gegen Entgelt stellt einen **Leistungsaustausch** dar, der **nicht entgegen** dem **Willen** des **Gesetzgebers pauschal** der **Umsatzbesteuerung entzogen** werden kann."

Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

Antwort vom **BMF** (15.01.2020)

- „Das Vergaberecht kann für die Behandlung umsatzsteuerlicher Sachverhalte nach der Rechtsprechung nicht unmittelbar herangezogen werden.“

→ Konsequenzen: **umsatzsteuerbar** und **umsatzsteuerpflichtig**

Leistungsbeziehungen zwischen AöR und ihrer Trägerkommune

INTECON

Handlungsoptionen

- Rückführung der Aufgaben in Kommune
- Oder alternativ in Eigen- oder Regiebetrieb (ähnliche Organisation wie AöR)
- Problem: Beteiligung Dritter an AöR
  → Kein Eigen- oder Regiebetrieb möglich

Fazit

- **Entwicklung** der **Organschaft** bleibt spannend
- **§ 2b UStG** wird **sehr restriktiv** ausgelegt
- **Kreativität** bei der **Gestaltung** gefragt!

Fragen Sie uns gerne:

s.spreckelmeier@intecon.de
s.bartel@intecon.de
j.blome@intecon.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!